

## Finales Verbrechen

Es gibt keinen Zweifel. Der Abgang des Kaisers als Symbolfigur des Reiches, das er zudem mit aberwitziger Großmannssucht aufzublähen suchte, diese Erfolglosigkeit wurde von der deutschen Rechten nie verarbeitet.

Daher gab es schon früh den Versuch eines Staatsstreichs, um den Kaiser zumindest mit einer Diktatur zu ersetzen. Parallel dazu gab es das Bestreben, den abgedankten Kaiser aus dem holländischen Exil zu holen und wieder einzusetzen.

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch (13.-17. März 1920) mit der Marine-Brigade Ehrhardt scheiterte zwar in kürzester Zeit: am solidarischen Widerstand der Arbeiter – an ihrem Generalstreik (dem einzigen in der deutschen Geschichte). Aber der Putsch, obwohl misslungen, wirkte lange darüber hinaus: Er war das Symbol für den kommenden mentalen Putschismus der deutschen Rechten.

Sie dachte und agierte im Grunde nur in dieser Richtung. Putsch hieß Übernahme der Staatsgewalt durch Macht. Macht pur. Es gab für sie keine Ziele. Macht säkularisiert, nicht mit Religion verbunden, auch nicht mit Wirtschaft. Keine Rede von Menschen-Rechten, von Volks-Bildung, von Lebens-Kultur.

Diese meist bürgerliche Rechte hatte sich ihrer eigenen Geschichte entleert. Einer Geschichte des Bürgertums, die es durchaus gab. Sie trennte sich vor allem von ihrer Kultur-Geschichte. Sie war nun geprägt vom Militarismus, wie ihn bereits Kaiser Wilhelm I. (1797-1888, 1861 König von Preußen) als ein hochtönendes verkalktes Nichts besonders nach dem gewonnenen Krieg 1870/1871 propagierte. Wilhelm war der konservative „Kartätschen-Prinz,“ weil er den ersten Anlauf zu einer Demokratie in Baden zusammen schießen ließ. Er respektierte nichts anderes als Militär und hatte als Staats-Ziel nur den Militarismus zu bieten. Dieses Beispiel führte nach 1918 in der bürgerlichen Rechten zu einer Art Glaube, daß es nach der Niederlage keine Akzeptanz der neuen demokratischen Verfasstheit und der ihr nachfolgenden Gesetze geben dürfe.

Diese Struktur der deutschen Rechten erklärt ihre nahezu gesamte Mentalität und Politik in den Zwanziger Jahren. Dieses Unglück läßt sich am Beispiel des Umgangs mit dem Bauhaus sehr konkret und höchst anschaulich bis in die Details zeigen. Der andauernde Haß auf das Bauhaus legte wie nichts anderes die Zeitgeschichte der 1920er Jahre anschaulich offen: auf der einen Seite gab es den nihilistischen Zerstörung-Willen der puren Macht. Auf der anderen Seite wirkte nach wie vor die lange fruchtbare Geschichte der Aufklärung, der Kreativität, der Phantasien, des Erfinder-Geistes. Es lebte – zwar mitten in Katastrophen - alles, was Deutschland fruchtbar gemacht hatte, berühmt, anregend für die Welt. Es zählten hier nicht militärische Niederlagen, keine Monumentalität, sondern die einfache werthaltige Menschlichkeit von Urgroßvätern wie Immanuel Kant, Johann Sebastian Bach, Johann Wolfgang Goethe und eine große Zahl von weiteren in vielen deutschen Ländern, die von sorgsamer, ingenieuser . . . - sagen wir ganz einfach: vom Geist lebten.

Mitten unter ihnen entwickelte sich wie nie zuvor eine ekelhafte Militanz, wie ein Geschwür, wie ein Krebs – breitete rohe, gesetzesbrechende Gewalt aus und besetzte dann – nach ihrem Sieg 1933 – in einer bis dahin ungekannten Weise so weit wie eben möglich die Gehirne.

Niemals kam eine Stimmen-Mehrheit für Hitlers NSDAP zustande. Die Bestie war abhängig von sogenannten Steigbügel-Haltern, vor allem Drahtziehern wie Alfred Hugenberg. Diese fanden sich in der Struktur der Rechten. In mehreren Aktionen waren Mehrheiten von Parteien – am Rand der Pleite – gekauft vom großen Geld einiger Konzern-Machthaber. Die bürgerliche Rechte mit der DNVP (Deutschnationale Volkspartei) mit dem Presse-Zaren Alfred Hugenberg und die NSDAP gingen ein mentales Bündnis ein - mit dem einzigen Ziel: Republikfeindlich die Macht zu gewinnen. Was dann? Egal – erstmal Macht und Zerstörung.

Dies geschah bereits in den Landesparlamenten – das zeigt die Bauhaus-Geschichte von Weimar und später auch von Dessau. Mit Ausnahme der ersten Zeit in Weimar und in Dessau wo Sozialdemokraten und Linksliberale eine Zeit lang die Stimmen-Mehrheit erreichten, war das Bauhaus nun dem Machtbereich der Rechten ausgeliefert – einer Rechten, die keinerlei Identifikation mit dem Grundgesetz und mit seiner Orientierung des Gemeinwesens hatte.

Früh erschien die NSDAP, früh bildete sie paramilitärische Gruppen, vor allem die SA (Sturm-Abteilung). Sie führte kontinuierlich in vielerlei Weisen den Krieg über 1918 hinaus weiter. Nun als Bürger-Krieg: mit Einschüchterung, Attentaten und Gewalttaten. Die nächtlich zerbrochene Fensterscheibe war eines der Gewalt-Symbole, das ängstliche Bürger in Angst und Schrecken versetzte.

Auf der anderen Seite stand zunächst die tief gespaltene Linke. Die Sozialdemokratie hatte die Aufgabe, die Führung des neuen Staates mit der neuen Verfassung zu übernehmen. Dafür suchte sie eine innere Identität und nach Methoden aufgeklärten Handelns. In vielen Bereichen gelang ihr dies - durchaus. Weithin war sie auch die Stütze des umstrittenen Bauhauses - bis in dessen letzte Jahre, wo diese Stütze zu wackeln begann und sich in den Parlamenten oft der Stimme enthielt. Entschiedenheit war nie die Haltung dieser Partei, dies begann bereits im 19. Jahrhundert.

Wer als Person politisch wirklich entschieden leben wollte, wandte sich meist den Kommunisten zu, die sich am Ende des Weltkrieges und kurz danach heraus bildeten. Die Kommunisten hatten eine schwierige und vielschichtige Entstehungs-Geschichte. Der Maximalismus ihrer Anforderungen war zwar verständlich und hatte hohe ethische Werte, aber es gab weder Erfahrung noch Training, sich mit anderen zu arrangieren – ein Problem, das die gesamte Zukunft durchzieht.

Die einzige Partei, die der Verfassung nahe kam und die eine bürgerliche Mentalität mit einer inneren Vielfalt und erheblicher Toleranz besaß, war die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP). Darin waren viele aufgeklärte und links-tendierende Bürger. Aus ihren Reihen entstand im Wesentlichen die „Weimarer Verfassung,“ redaktioniert vom Staatsrechtler Prof. Hugo Preuß (1860-1925), einem Mitbegründer der DDP.

Anfangs hatte die Deutsche Demokratische Partei eine breite Anhängerschaft, mit der sie in der Lage war, zusammen mit Sozialdemokraten Mehrheiten und damit Regierungen zu bilden. Im Werkbund hatte sie die meisten Sympathien. Führende Werkbund-Leute führten auch diese Linksliberalen.

Aber ihre Anhängerschaft schmolz um 1930 in atemberaubender Weise. Der erste Grund dafür war die Radikalisierung der Rechten. Aber die Linksliberalen hatten nicht viel Kraft. Überdies hatten sie sich gerade von der Militanz in und außerhalb der Politik mental befreit. Dies gehörte auch zu ihren Wurzeln. Ihre Sympathisanten zogen sich zurück – aber damit überließen sie der rechten Militanz das Feld – und deren Putschismus nahm von Jahr zu Jahr zu.

Die sogenannten Ordnungskräfte (Verwaltung, Justiz, Polizei u. a.) hatten nach wie vor die Mentalität der Obrigkeiten des 19. Jahrhunderts. Sie sicherten seit längerer Zeit die Herrschaft der Wirtschafts-Mächte, die sich in der Industrialisierung entfaltet hatten. Sie taten dies nirgendwo schiedsrichterlich. Sie waren misstrauisch, hatten keinerlei Diskurs-Erfahrung, Ordner und Polizei orientierten sich am Militär.

Ihnen fehlte ein aufgeklärtes notwendiges liberales Staats-Verständnis - dies gab es in den 1920er Jahren nicht ansatzweise. Auch nach 1945 gibt es lange Zeit und teilweise bis heute erhebliche Schwierigkeiten der Polizei, das Grundgesetz mit seiner zivilen Orientierung zu verstehen und sich damit mental zu identifizieren. Meist muß die Justiz sie bremsen.

Tatsächlich hatte die NSDAP mit Hitler niemals eine legitime Mehrheit. Sie schuf sie sich selbst illegal: Am 24. März 1933 hebt Hitler durch das Ermächtigungsgesetz die Verfassung aus. Diesem Gesetz stimmten alle Parteien zu, außer die Sozialdemokratie. Die Mehrheit erhält Hitler nur dadurch, daß er – bereits auf illegaler Grundlage - die Kommunistische Partei

verbietet. Dann macht er ein Gesetz, das einzig die NSDAP erlaubt und jedes Wirken für und in anderen Parteien unter Strafe stellt. Werkbund und Bauhaus gehen unter in der totalen Illegalität, die sich Hitler und seine Anhänger herstellen<sup>1</sup>.

Innerhalb solcher Verhältnisse entstand 1919 das Bauhaus. Man kann sich teilweise darüber wundern, daß dies überhaupt möglich war. Bauhaus war im Grunde ein Nischen-Produkt. Es entstand aus Sehnsucht nach einer anderen Welt: nach Offenheit, nach Vielfalt, nach selbstbestimmter Entwicklung, mit viel Vertrauen, daß in den Konflikten auch Produktivität wachsen könne - ja sogar besondere Produktivität. Bauhaus war tief im besten Sinn ein anarchisches d. h. herrschaftsfreies Unternehmen. Es war ein zivilisierender Motor in seiner Zeit und ist es darüber hinaus weithin bis heute.

Es wollte aber nicht Außenseiter bleiben, sondern durch faszinierende Tätigkeiten in den Kern der Gesellschaft hinein wirken und sie verändern. Deshalb wurde immerzu der Versuch gemacht, das Bauhaus zum Feindbild zu stempeln und zu strangulieren.

Zu den Wurzeln des Bauhauses gehörten Kreise der Aufklärung, die in einigen Salons wirksam waren und großen Einfluß hatten. Mit ihnen verbinden sich auch Namen wie Goethe, Schiller, von Arnim und viele weitere. Auch friedliche, gebildete und pädagogisch wirkende Gesellschaften wie etwa die Anthroposophen gehören dazu (fälschlich als Sekte diffamiert).

Das König- bzw. Kaisertum bedeutete, daß der Staat ein Gefüge hat, das von Oben aufgestellt und gelenkt ist. Darin scheint jeder seinen Platz zu haben. Feststehend. Unveränderlich. Politisches Handeln hieß darin: Nachvollzug von Vorgaben. Gehorsam wurde als selbstverständlich eingefordert.

In den gesellschaftlichen Veränderungen des 19. Jahrhunderts, oft als Industrie-Epoche bezeichnet, entstanden schon seit längerer Zeit Vorstellungen zu einer anderen Aufstellung des Staates. Der Kern heißt Demokratie. Die Übersetzung des Wortes lautet: Herrschaft des Volkes. Das Volk regiert sich selbst.

Aber das sollte es nicht. Das Staatswesen war endlos beschäftigt, dies zu verhindern. Heinrich Heine beschrieb ironisch „Wenn ihrer drei beisammen stehn, dann solln sie auseinander gehn!“ Jedwede Art von Versammlung war verdächtig. Ausgenommen waren allein die Kirchen – aber darin verhinderten die Rituale Veränderungen. Die Kirchenleitungen predigten ständig Gehorsam. Daher geschah hier nichts, was irgendwie auf Veränderungen zielte.

Als schließlich Vereinigungen unter großem Druck von unten geduldet werden mußten, erhielten sie bürokratische Bedingungen, die kaum Arbeit ermöglichten und die Aktivitäten erstickend fesselten.

Heute macht sich kaum jemand klar, daß auch noch das gegenwärtige Vereinsrecht in erster Linie auf Kontrolle angelegt ist: Es stammt immer noch tief aus dem 19. Jahrhundert. Hinzu gekommen sind weitere Kontrollen – zum Beispiel die Bedingungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit.

Deutschland erhielt 1919 ein erstes demokratisches Grundgesetz, das als ein Geflecht dem Gemeinwesen eine Grundlage ausbreitet. Diese Grundlage sollte verlässlich, nicht beweglich, stabil sein. Der Staatsrechtler Hugo Preuß hat die Verfassung konzipiert, gewiß mit denkerischer Vorarbeit noch in der Kaiserzeit. Dazu gab es schon seit langer Zeit umfangreiche Überlegungen vieler nachdenklicher, erfahrener Menschen. Am Werk waren keine Hasardeure, keine Abenteurer, die diese Überlegungen in Form von Vorschlägen für ein Grundgesetz in der National-Versammlung in Weimar vortrugen.

Diese Gesetze formulierten im Prinzip den gesellschaftlichen Pluralismus: daß es unterschiedlich Ansichten geben darf. Freiheit der Meinungen. Offene Diskussion.

---

<sup>1</sup>Ausführlich zum Werkbund: Roland Günter, Der Deutsche Werkbund und seine Mitglieder. 1907-2007. Essen 2009, 3<sup>5</sup>/353.

Unterschiedliche Glaubens-Orientierungen. Zum ersten Mal. Die Verfahren sollen geschützt sein. Es soll aufgeklärt zivilisiert zugehen. Dies bedeutete auch, daß es Grenzen gibt.

Der Urvater dieser zivilisierten Verfahrensweisen Grenzen hat den Namen Immanuel Kant (1724-1804). Das Motto heißt kurz gesagt: „Handle so, als ob die Maxime deiner Handlung durch deinen Willen zum allgemeinen Naturgesetz werden sollte. Etwas anders ausgedrückt: Was du nicht willst, was man dir tut, das füg' auch keinem anderen zu.“

Man kann dies auch mit einigen Adjektiven schildern. Anstand – gegenseitig. Verstehen – gegenseitig. Gerecht – gegenseitig. Verzicht auf Macht – gegenseitig.

Eigentlich wäre dies schon alles.

Walter Gropius, der Bauhaus-Denker, hat die Aufspaltung der Welt früh begriffen und sich nicht am Unmöglichen abgearbeitet. Ebenso wenig an der Unterschiedlichkeit der menschlichen Charaktere. Er hat sich auf den Status quo eingelassen in der Einsicht, daß er ihn kaum verändern kann – zumindest nicht in der herkömmlichen Weise. Und auch nicht mit seinen Möglichkeiten. Er hat versucht, mit hoher Intelligenz und Raffinesse das Beste daraus zu machen: dort zu wirken, wo es andere Wege gibt – mit weit reichenden Zielen, anderen Grundlagen und anderen Mitteln.

Am Umgang mit dem Bauhaus kann man sehen, daß das deutsche rechte Bürgertum sich nicht mit der gesellschaftlichen Veränderung nach 1919, die sich politisch ausdrückte, abgefunden hat. Es ahnt durchaus, wie wirkmächtig sozialkulturelle Prozesse, ihre intelligenten Denkweisen, ihre völlig anderen humanen Strategien sein können. Daher bekämpft das rechte Bürgertum das Bauhaus-Gewebe zunehmend mit allen Mittel – mit erlaubten und immer mehr mit militanten Mitteln - mit Gesetzesbrüchen vielerlei Art. So als gäbe es weder ein Grundgesetz noch Gesetze. Die deutsche Rechte hat serienweise Gesetze missachtet und gebrochen, um dem Bauhaus das Lebensrecht zu nehmen indem es seine Arbeit immer mehr unmöglich zu machen versucht.

Sie hat nichts von der Demokratie begriffen. Und sie wollte keine Demokratie. Zugleich hat sie Mehrheiten, die der Rechten zuliefen, missbraucht, indem sie laufend die Grenzen überschritt, die den Mißbrauch verhindern sollten.

Das Mehrheitsprinzip war unter dem Aspekt der Aufklärung und der sozialen Bewegung nicht dazu gemacht, Institutionen langsam zu erwürgen: indem ihnen Schritt für Schritt die notwendigen Ressourcen verkleinert werden, so daß sie dann nicht mehr arbeitsfähig sind. Dies ist mehrfach dem Bauhaus widerfahren, zuerst in Weimar, dann in Dessau und in Berlin. Dabei wurde absichtsvoll jede Weise der Verhältnismäßigkeit – ein Prinzip, das zu den Fundamenten des demokratischen Denkens gehört – über Bord geworfen.

Die Rechte erfand, um die Willkür zu steigern und ihr Tür und Tor zu öffnen, ein neues Gesetz: mit ihm konnte man Personen im öffentlichen Dienst ohne Nachweise unterstellen, daß sie sich „bolschewistisch“ aufführen. Man behauptete simpel, sie gäben „keine Gewähr“ dafür, daß sie keine Bolschewisten wären oder in ihrer Nähe ständen. Die Behauptung genügte.

Damit wird ein in langer Zeit mühsam entwickeltes und erkämpftes historisches Rechts-Verständnis, das auf Tatsachen, Werten und Argumenten basiert, durch pure Spekulation und Deklaration ersetzt.

Ein derartiges rechts-brechendes Handeln sollte seit jeher fundamental durch das innere Wesen von Gesetzen verhindert werden. Nun aber musste die Denunziationen nicht einmal mehr juristisch formuliert werden, sondern öffnete als „unbestimmter Rechtsbegriff“ der Willkür und Parteilichkeit Tür und Tor: Er war nun für jedwede Interpretation verfügbar.

Dieses „Gesetz“, das schon vor 1930 (!) erlassen wurde, war eine der am meisten dreisten Geschichts-Lügen: Es gab vor, das Berufsbeamtentum wieder herzustellen und die Staats-Loyalität zu schützen.

Aber was war es wirklich? - Zunächst schlicht Widersinn. Denn jedes öffentliche Amt ist durch konkrete Gesetze formuliert – das weiß jeder. Der Maßstab, einen Beamten zu

kontrollieren oder zu überprüfen, ist das konkrete Gesetz und nicht Vermutung und Spekulation. Nun wird an dessen Stelle eine Gesinnungs-Prüfung auf der Basis von Spekulation gesetzt. Die Verfassung schließt dies zur Herstellung der Rechtsstaatlichkeit aus.

Die Infamie besteht darin, daß die Herrschenden sich Freibriefe für Entlassungen und Zugänge ausstellen, die der Rechtsstaatlichkeit fundamental widersprechen.

Damit werden alle ausgeschlossen, die andere Meinungen vertreten - obwohl die den Staat konstruierende Verfassung fundamental und ausdrücklich den Pluralismus erlaubt und dies zu schützen sich verpflichtet. Es war die Erfüllung des uralten Strebens nach Gedanken-Freiheit – nach dem Sturz des Kaiserreichs 1918 umgesetzt in konkrete Konstruktion des Staates.

Um 1930 hatte die Rechte das Gemeinwesen mit ihrer Avantgarde, den Nationalsozialisten,“ bereits derart deformiert, daß nun die Tür für die Rückkehr der Willkür des Fürsten-Staates geöffnet ist - geradezu mit Blanco-Lizenz für die Usurpateure der Macht.

Das Berufsbeamten-gesetz stammte aus der Tradition des preußischen Soldatenkönigs Friedrich I. (seit 1913 König) in der Zeit des Absolutismus, der das Staatswesen mithilfe eines unbedingten, von allen Zweifeln, Kritik und Diskussion gesäuberten Gehorsams (auch Kadaver-Gehorsam genannt) zementieren wollte. Ganz offensichtlich aus Furcht vor den Auswirkungen der zeitgleichen Aufklärung.

Die NS-Neufassung verschärfte es: radikalisierte es. Nach dem Leitbild des personalisierten Herrschers. An die Stelle des Königs von Gottes Gnaden, dessen Wille und Wort Gesetz war, setzte sich die Person Adolf Hitler (1889-1945) auf den Platz des allmächtigen Gottes. Anstatt auf den Himmel berief sich dieser bildungsfeindliche Gefreite des Weltkriegs, ein Monster an pathologischer Macht-Bestie, nun auf die Vorsehung. Man kann nur staunen, wie widerspruchsarm dies in einem Land hingenommen wurde, das in der europäischen Aufklärung eine immense Rolle gespielt hatte. Aber auch von christlichen Konfessionen, die nicht merkten oder sich einschüchtern ließen, wie Hitler und sein Umfeld aus der Theologie ein gigantisches Zerrbild machten. Es übertraf mit seinen Wahn-Vorstellungen sogar die Inquisition mit ihren Denk- und Sprachverboten – mit ihren Höllen-Phantasien zur Disziplinierung und Bestrafung. So durchgreifend und lückenlos wie vor ihm gab es kein Herrschafts-System.

Das Beamten-Gesetz wurde schon wenige Tage nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 7. April 1933 in Kraft gesetzt: als zentrales Herrschafts-Mittel

Mit dem Schein des Rechtes - einer Täuschung, die jegliches Recht rechtlos machte – warfen die neuen Machthaber, unbehindert von ihrem Koalitions-Partner, den bürgerlichen Rechtsliberalen, jedweden Beamten aus dem Beruf und setzten ihn mittellos auf die Straße.

Bereits die Vorschrift, die übrigens nie verschriftlicht wurde, daß das Bauhaus sich aus der Politik heraus halten solle, unpolitisch sein müsse, ist nach dem Grundgesetz fundamental ungesetzlich.

Gropius hat dies gewiß ähnlich gesehen, sich aber den fortwährenden Erpressungen schließlich nach außen hin schweigend gebeugt. Und in der letzten Phase des Bauhauses mußte dies unter dem gewaltigen Druck der Mächte, die nun die Herrschaft usurpierte, auch Ludwig Mies van der Rohe tun, um das Bauhaus zu retten.

Es war sowohl inhaltlich wie vom Verfahren illegal, wie man mit dem zweiten Direktor Hannes Meyer umging. Regierungen und Verwaltungen versuchten, den Schein der Gesetzlichkeit vorzuzeigen, aber Politik und Praxis war hochgradig korrumpiert und tendierte immer stärker zu Willkür- und Gewalt-Herrschaft.

Der Dessauer Bürgermeister Fritz Hesse versuchte weitgehend tapfer sich in diesem Prozeß rational und gesetzeskonform zu verhalten. Er hat dies in seinen Erinnerungen ziemlich detailliert beschrieben. Sie sind profunde Quellen für jedes Studium der gesellschaftlichen Entwicklung von 1925 bis 1935.

In der Bauhaus-Ära 1930-1933 mit dem Direktorat von Ludwig Mies van der Rohe schlug der Terror voll zu.

Zu den Bedingungen, die dem Bauhaus noch einen Rest an Schule als Privatschule in Aussicht stellten, gehörte, daß der Arier-Paragraph angewandt werden müsse. Ich denke, die Täter dieser verfassungswidrigen Zumutung waren sich im Klaren, daß dies für Mies und den Meisterrat unannehmbar sein würde – und so war es auch: diese Würdelosigkeit, ergänzt durch die „üble Nachrede“ des Bolschewismus, konnte niemand ein solches Verbrechen akzeptieren. Daher stimmte jeder Bauhäusler gegen die Annahme dieser Zumutung und rettete damit die Würde durch Selbst-Auflösung des Bauhauses.

Nach 1925 gewannen Nationalsozialisten auch Mehrheiten. Es war die bürgerliche Rechte, die ihr dazu verhalf. Darin sprach sie mehr oder weniger ihre Einverständnis-Erklärung mit dem sich ausbreitenden NS-Terror aus. Die SA terrorisierte durch Einschüchterung - verbal und mit der Tätigkeit vieler Fäuste ihrer paramilitärischen Leute. Sie zog in vieler Weise das „Faust-Recht“ als Struktur in die Gesellschaft ein. Diese reagierte weithin zunehmend unterwürfig.

Gegen das Bauhaus wurden alle Ressentiments, die man oft Künstlern entgegen brachte, hemmungslos benutzt und verstärkt. Eine derartige antikulturelle Hetze hatte es nie zuvor gegeben: dies war ganz neu.

Dann schlug auch noch der Rassismus zu.

Seit 1871 galt im Deutschen Reich die staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden. Dies war ein hoch bedeutender und von vielen Menschen bewundertes Fortschritt an Liberalisierung in der Gesellschaft. Er führte dahin, daß Deutschland sich von vielfacher Hinsicht erheblich entwickelte. Denn jüdischen Familien – in der Zwangsjacke der Beschränkungen dieser Minderheit - achteten besonders auf intelligente Erziehung ihrer Kinder. Man musste besonders tüchtig sein, um durchs Leben zu kommen.

Aber es entstand eine Dialektik, die sich zuspitzte. Gegen die liberale Aufklärung radikalisierte sich die uralte antijüdische Front nun mit besonderer Schärfe - bis zur Raserei. Und schließlich erhielten diese Fraktion der Zerstörer die Macht: und übertraf dann alle Bewegungen in allen europäischen Ländern an Brutalität.

Der Prozeß war im Bürgertum und als Folge der anarchischen Zustände so weit radikalisiert, daß Hitler den extremsten Gedanken entwickeln und verbreiten konnte. „totale Eliminierung des Judentums bis zum letzten Menschen.“ Die NSDAP plante sogar die vollständige „Reinigung der arischen Rasse.“ Verharmlosende Sprachregelung: „der übermächtige Einfluß der jüdischen >Fremdkultur< sollte beschnitten werden.“

Es ging zunächst um Verwaltungsbeamte. Dann kamen Lehrer hinzu. Dies zeigte, daß es um „Gehirnwäsche“ ging. In den deutschen Universitäten wurden knapp 20 Prozent des Lehrkörpers entlassen. Noch härter traf es die Frauen: hier lag der Anteil bei 38 Prozent.

Saul Friedländer: „Dieses Gesetz zielte in seiner allgemeinsten Intention darauf, die gesamte Regierungsbürokratie umzugestalten, um ihre Loyalität gegenüber dem neuen Regime sicher zu stellen. Seine Ausschließungsmaßnahmen, die für mehr als zwei Millionen staatlicher und städtischer Beschäftigte galten, waren gegen die politisch Unzuverlässigen, hauptsächlich Kommunisten und andere Gegner der Nationalsozialisten, und gegen Juden gerichtet.“<sup>2</sup>

Der Rassismus übertrug alle seine bürgerlichen Vorurteile auf das Bauhaus: die Aversionen gegen „Zuwanderer,“ die Behauptung einer „jüdischen Verschwörung,“ das Märchen, daß Russen Kinderfresser wären - kurz: Ressentiments gegen alles vor der eigenen Türe. Es entstand eine giftige „Suppe“ an Unverstand, Neid, Habsucht, Großmanns-Sucht, Purismus, Vernichtungswille.

---

<sup>2</sup> Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden. Band 1. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939. München 2007, 48/49.

Weit entfernt war die Überlegung, daß man sich damit in der schwierigen gesellschaftlichen Lage wichtigster positiver Ressourcen beraubt: der Intelligenz, der Freundschaften, vieler Netzwerke, einer Palette konstruktiver Tätigkeiten.

Mies van der Rohe versuchte mit Alfred Rosenberg, dem Chefideologen der Nationalsozialisten, zu verhandeln. Aber dieser stellte so viele diskriminierende Bedingungen, daß es unmöglich war, auf dieser Basis irgendeine Art Abkommen zu machen. Das wusste natürlich Rosenberg. Es war ein billiges und schmutziges Täuschungsmanöver.

Am Ende funktionierte nichts mehr. Kein Amt schützte das Bauhaus. Keine Justiz schützte. Keine Polizei schützte.

Alles waren durchsetzt von Nationalsozialisten. Und von Personen, die verängstigt waren. Oder lediglich an ihre Karriere dachten und mit jeder Teufelei mitmachten. Dann hatten sie dasselbe Ziel: Das Bauhaus schließen. Die Raserei ging so weit, auch noch den Total-Abriß des Gebäudes beschließen zu lassen.

Das Bauhaus ist nicht nur die Geschichte einer kulturellen Institution, sondern weit darüber hinaus ein Beispiel: für den gesellschaftlichen Prozeß zwischen Krieg, Revolution 1918, Versuch einer zivilen staatlichen produktiven Struktur. Der Umgang mit dem Bauhaus zeigte den Weg der zunehmenden und dann 1933 vollzogenen völligen Rechts-Verweigerung – des Verlustes der Zivilisiertheit. Es zeigt sich am konkreten Beispiel ein Land ohne Gesetze. Der Staatsapparat ist in den Händen einer Partei, die über Leichen zu gehen droht und dies wenig später auch in aberwitzige Untaten umsetzt. In ihren ersten beiden Jahren ließ die NS-Herrschaft rund 20 000 Menschen spurlos verschwinden.

Die bürgerlichen Steigbügel-Halter sind genau recherchiert und beschrieben, man kann dazu viel nachlesen. Sie machten nicht den mindesten Versuch, den NS-Exekutoren in den Arm zu fallen und irgendein Verbrechen zu verhindern.

Als die Partei der Institution Bauhaus den Garaus gemacht hatte, verfolgte sie die 1930er Jahre hindurch die einzelnen Künstler. Sie gab ihnen Berufs-Verbote. Sie durften nicht mehr arbeiten. Der Markt wurde für sie geschlossen.

Die NSDAP arbeitete vor allem mit zwei Mitteln. Erstes Mittel: die Faust. Die SA waren Schlägertrupps, die Menschen auf offener Straße überfielen, zusammenschlugen, die Familien in ihren Wohnungen terrorisierten, Fensterscheiben einschlugen, einbrachen, Mobiliar zerstörten.

Das zweite Mittel, war das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums,“ kurz „Berufsbeamtengesetz.“ Es stammte aus der Tradition des preußischen Soldatenkönigs in der Zeit des Absolutismus, der das Staatswesen mithilfe eines unbedingten, von allen Zweifeln, Kritik und Diskussion gesäuberten Gehorsams (auch Kadaver-Gehorsam genannt) zementieren wollte. Ganz offensichtlich aus Furcht vor den Auswirkungen der zeitgleichen Aufklärung. In der Weimarer Republik wurden bereits Gesetze erlassen, die es ermöglichten, wenn Finanzen fehlten, auch Beamte zu entlassen. Die Nazis nutzten dieses Gesetz als Vorwand für Personal-Rauswurf und Ersatz mit eigenen Parteigängern. 1935 wurde in Hamburger Schulen von 637 Lehrkräfte 555 entlassen. Kurz danach besetzte die NSDAP sie Stellen mit Parteigängern.

Die NS-Neufassung verschärfte das Gesetz nach dem Leitbild des personalisierten Herrschers. An die Stelle des Königs von Gottes Gnaden, dessen Wille und Wort Gesetz war, setzte sich die Person Adolf Hitler auf den Platz des allmächtigen Gottes. Anstatt auf den Himmel berief sich dieser bildungsfeindliche Mensch, ein Monster an pathologischer Macht-Bestie, nun auf die Vorsehung – was immer das ist, erfuhr man nicht.

Man kann nur staunen, wie widerspruchs-arm dies in einem Land hingenommen wurde, das in der europäischen Aufklärung eine immense Rolle gespielt hatte. Hingenommen aber auch von christlichen Konfessionen, u. a. von den „Deutschen Christen“, der Mehrheit der Protestanten, die nicht merkten oder sich einschüchtern ließen, wie Hitler und sein Umfeld aus der Theologie ein gigantisches Zerrbild machten.

Die NS-Sprachfassung des Beamten-Gesetzes wurde schon wenige Tage nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 7. April 1933 in Kraft gesetzt: als zentrales Herrschafts-Mittel

Mit dem Schein des Rechtes - einer Täuschung, die jegliches Recht rechtlos machte – warfen die neuen Machthaber, unbehindert von ihrem Koalitions-Partner, den bürgerlichen Rechtsliberalen, jedweden Beamten aus dem Beruf und setzten ihn mittellos auf die Straße.

Nun bestand der Staat buchstäblich aus Gewalt. Das politische Ziel war deutlich. Es wurde formuliert und exekutiert von Wilhelm Frick, der schon in Thüringen Innenminister war und dann im NA-Staat. Er hatte die Federführung der neuen Gesetze. Vor allem das Beamtengesetz diente der Realisierung der völligen Unterwerfung der staatlichen Institutionen. Man nannte es „Gleichschaltung.“

Seiner Macht sicher war sich Hitler erst, als das Spektakel der Olympiade 1936 für die NS weltweit glänzend gelaufen war. Dann folgen den inneren Unverschämtheiten die bekannten äußeren. In der Phase der Unsicherheit wandte die NSDAP viele Manöver des Täuschens, In-Aussicht-Stellens an, ließ Hoffnungen zu, lockte mit Mitgliedschaften im „Kampfbund“ gegen allerlei Illusionen. Aber: Jedwede Hoffnung wurde hereingelegt.

Es ist müßig, ja sogar unanständig, ohne genaue Analyse der Situationen einigen Personen u. a. Mies Vorwürfe zu machen.

Gropius und andere konnten froh sein, einigermaßen rechtzeitig ausgestiegen zu sein. Wozu Mies gezwungen war, dürfte nicht seine Überzeugung gewesen sein – niemand wusste dies wohl genauer als er. Ebenso wie Mies bewahrte der Meisterrat seine Würde und die Würde des Bauhauses. Sie hatten das Unmögliche versucht. Sie waren an der Gewalt und an der beispiellosen Staatskriminalität der Nazis und des unterstützenden Bürgertums gescheitert.

**Mies aber hatte inmitten des Elends den entscheidenden Gedanken: Eine solche Idee kann nicht sterben.**

40 Jahre später, in den 1970er Jahren, kam es in der Republik, obwohl das Bonner Grundgesetz seit 1949 in Kraft war, erneut zu Berufsverboten. Dies wurde ausgerechnet von der SPD betrieben, die selbst eine lange Geschichte des Ausgrenzens und Verfolgens erleiden mußte. Und nun in einem idiotischen Bruderkrieg in der Linken den Gegner treffen wollte. Die Geschichte von Kain und Abel in neuer Gestalt. Das „Berufsverbot“ (1972 Radikalenerlaß) wurde ausgerechnet von einem Kanzler Willi Brandt (1913-1992) erlassen, der selbst in der NS-Zeit 1933 nach Norwegen und 1939 weiter nach Schweden emigrieren mußte.

Willy Brandt brachte dem Land viele vernünftige Reformen. Kranken- und Renten-Versicherung. Die Gleichstellung unehelicher Kinder. Viele sehr wichtige Frauen-Rechte. Erste Umwelt-Behörde. Abschaffung § 218. Entspannungs-Politik zum Osten. Demuts-Bekundung im ehemaligen Warschauer Ghetto. Er hatte das beste reformorientierte Kabinett mit einigen ausgezeichneten Ministern (u. a. Erhard Eppler, Horst Ehmke, Hans-Jochen, Vogel, Egon Bahr) zusammengestellt – im Grunde ein Jahrhundert-Ereignis aufgeklärten Regierens.

Aber es gab eine Peinlichkeit, die man ihm nicht vergeben kann. Hatte dieser Mann denn keine historische Kenntnis? Er musste sie haben. Hatte er keine Berater, die sich historisch auskannten? Gab es denn niemanden in seinem Umfeld, der ihm damals sagte: Willi, das Berufsverbot dürfen wir unter keinen Umständen machen. Denn die Blaupause dazu stammt doch von den Nazis! Die haben das „Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ genommen und es für ungeheuerlichen Missbrauch genutzt gegen jeden, den sie loswerden wollten.

Was immer jemand denkt, was er vom Kommunismus mit seinen viele voneinander unabhängigen Fassungen hält, das Grundgesetz läßt diese Meinungen zu. Uralt war der Wunsch nach Gedankenfreiheit. Es ist daher aus vielerlei Gründen unsinnig, willkürliche,



vage Prophezeiungen zu machen, daß dieser oder jener Mensch mit linker Überzeugung die westdeutsche Demokratie zu stürzen imstande sein wird. Er stürzt sie nicht. Er kann sie nicht stürzen. Selbst als Mitglied einer Partei, die zudem auf zweifelhafte Weise erst verboten wurde und dann nach einiger Zeit doch toleriert.

Willy Brandt selbst hat in später Einsicht das Berufsverbot als den größten Fehler seiner Amtszeit bezeichnet. Aber da hatte diese Missetat bereits viele Menschen „geknickt.“ Und viele den Geheimdiensten in die Hand gegeben, die bis heute nicht überprüfbar sind.

Der Schaden für die Glaubwürdigkeit der Demokratie war riesig und wirkt vielerorts bis heute nach.

In den Wahlen im September 1930 gewinnen die Nationalsozialisten und die Kommunisten erheblich dazu. Nun wird Hitler als der starke Mann dafür Deutschland propagandistisch aufgebaut: als Führer. Für die Gemäßigten ist dieses Ergebnis und die weitere Entwicklung ein harter Schlag. Besonders für die Kern-Demokraten, die Linksliberale DDP.

Anführer derer, die dann die administrative Macht gegen die Kultur nutzen, ist Innenminister Wilhelm Frick (NSDAP). Die Alliierten verurteilen ihn 1946 im Nürnberger Prozeß zum Tod durch Erhängen.

In Weimar wurde an der Stelle des Bauhauses im van de Velde-Gebäude eine andere Hochschule eingerichtet. Leiter war der Architekt Otto Bartning. Aber Frick löste auch diese Schule auf. 19 Lehrer wurden entlassen. Für die Wiedereinrichtung beauftragte Frick den Schriftsteller Paul Schulze Naumburg, der zuvor im Werkbund eine radikale Rolle gegen die Reformer gespielt hatte und 1927 ausgetreten war. Diese Schule sollte durchdrungen sein von Heldentum und arischer Rasse (die es überhaupt nicht gibt).

Kurz zuvor hatte Frick den ersten NS-Bildersturm in Szene gesetzt. Der Direktor des Nationalmuseums in Weimar, Otto Koehler, hatte vor einiger Zeit Bilder von Bauhaus-Künstlern gekauft und viele Leihgaben ausgestellt. Frick veranlasste, daß sämtliche dieser Werke entfernt wurden. In ganz Deutschland gab es viele Proteste – vergeblich.

Parallel dazu hatte Paul Schulze-Naumburg im Henry van de Velde -Gebäude im Treppenhaus die Wandmalerei von Oskar Schlemmer abschlagen lassen.

1931 und 1932 hatten die Nazis weiterhin im Stadtparlament hohe Stimmen-Zahlen. Im Oktober 1931 erhielten sie in Dessau von den 36 Sitzen 19 Sitze. Im Landtag hatten die Nazis die absolute Mehrheit. Der Dessauer Bürgermeister Fritz Hesse, ein langer Freund des Bauhauses, wurde gestürzt. Die Nationalsozialisten führten die Wahlen mit dem Slogan durch: „Kampf gegen das bolschewistische Bauhaus.“

Bereits zuvor hatten die Nazis die Schließung des Bauhauses gefordert: „Sofortige Streichung sämtlicher Ausgaben für das Bauhaus. Ausländische Lehrkräfte sind fristlos zu kündigen, da es unvereinbar ist mit der Verantwortung, die eine gute Gemeindeführung gegenüber ihren Bürgern zu tragen hat, daß deutsche Volksgenossen hungern, während Ausländer in überreichlichem Maße aus den Steuergroschen des darbedenden Volkes besoldet werden.“ Tatsachen hatten für die Behauptungen der Rechten keine Bedeutung.

Aber dann wurden plötzlich NS-Anträge gegen das Bauhaus vom Stadtparlament nicht mit Mehrheit angenommen. Sogar die Haushaltsmittel für das nächste Jahr wurden noch bewilligt. Daran war allerdings die „vorsorgliche“ Kündigung zum 1. Oktober 1932 geknüpft.

Der neue NS-Ministerpräsident Freyberg besichtigte das Bauhaus, begleitet vom radikalen Bauhaus-Feind Paul Schulze-Naumburg. Dieser sollte für ihn über das Bauhaus ein Gutachten schreiben: Erwartungsgemäß lieferte er ein vernichtendes Urteil.

Dann ersetzte die Landesregierung im Dessauer Magistrat zwei Mitglieder durch Nazis, so daß die NS darin nun die Mehrheit hatten. Am 22. August zwangen die Nazis den Bürgermeister Hesse erneut den Antrag zur Auflösung des Bauhauses auf die Tagesordnung zu setzen. Dagegen stimmten nur Fritz Hesse und die vier Kommunisten. Die Sozialdemokraten taten etwas sehr Sozialdemokratisches: Sie enthielten sich der Stimme.

Begründung: Die jahrelange Unterstützung des Bauhauses habe sie viele Stimmen gekostet. Somit hatten sich die Nazis durchgesetzt: Das Bauhaus musste Ende September aufgelöst werden.

Der Beschluß wurde von den Bauhaus-Meistern mit einem Prozeß angefochten: Er verletze geltende Verträge: mit Hilberseimer, Arndt, Rudelt, Peterhans, Joost Schmidt, Albers, Kandinsky, Mies u. a. Vor Gericht wurde ein Vergleich geschlossen. Die Stadt Dessau zahlt weiterhin die Gehälter. Leihweise wird Inventar und Mobiliar überlassen. Die Patente und Gebrauchsmuster sowie alle Rechte aus Lizenzverträgen gehen an Mies van der Rohe als den letzten Direktor. Er wollte sie zumindest in sicherer Hand haben.

Mies van der Rohe entfaltete keine politischen Aktivitäten. „Er vertraute darauf, daß man die Qualität der Arbeit des Bauhauses erkennen werde und daß man seinen unpolitischen Charakter akzeptiere.“ (Magdalena Droste)..

Es gab dann den Versuch des Museumsdirektors Ludwig Grote und des Psychiaters und Kunsthistorikers Hans Prinzhorn, den Bauhaus-Direktor Mies van der Rohe als besonders deutsch darzustellen – offensichtlich ohne Beteiligung und Kenntnis von Mies selbst. Eine Vertrauens-Kundgebung für Mies wurde unterschrieben von Peter Behrens, Paul Bonatz, Edwin Fischer, Eduard Hanfstaengel, Josef Hoffmann, Georg Kolbe, Wilhelm Kreis, Hans Prinzhorn, Richard Riemerschmied, Fritz Schumacher, Heinrich Tessenow und weiteren Prominenten.

Es gab auch Kontakte zum NS-„Kampfbund.“ Angeblich habe Alfred Rosenberg bei Freyberg das Weiterbestehen einer „Schule von Mies van der Rohe“ befürwortet, man müsse aber den Namen Bauhaus abzulösen, weil er schade.

Aber nichts stimmte den ehemaligen Freikorpskämpfer und nun im Stadtparlament Dessau entscheidenden Ersten Stadtrat Paul Hoffmann um. Schon von langer Hand hatte die bürgerliche Rechte ausgemacht: das Feindbild Bauhaus müsse total zerstört werden. Einschließlich des Gebäudes, das man abreißen werde.

Es ist ein Wunder, daß es noch steht. Mehr konnte ein Gebäude nicht aushalten. Es gibt allerlei Volten und Meinungen. Erst 1934 festigte sich eine einheitliche NS-Meinung zum Bauhaus: „undeutsch,“ „artfremd,“ „bolschewistisch.“

Nach der Schließung in Dessau interessieren sich zwei noch sozialdemokratisch regierte Städte für eine Übernahme: Magdeburg und Leipzig.

Mies van der Rohe hatte sich jedoch Monate zuvor bereits entschlossen, das Bauhaus als private Schule weiter zu führen. In Berlin. Mit dem Untertitel: „Freies Lehr- und Forschungsinstitut.“ Er mietete eine leer stehende Telefon-Fabrik in Steglitz in der Birkbuschstraße. Die Absicht von Mies: Das Bauhaus sollte hier eine ausgesprochene Architektur-Schule werden - aber mit breitem Spektrum.

Die Meister Alfred Arndt und Joost Schmidt nahm Mies nicht mit, weil sie als ausgeprägte Linke galten. Viele kommunistische Studenten, die dagegen protestierten, wurden von Mies kurzerhand von der Schule verwiesen. Allzu nervös war auch einer wie Mies. Dies hätte er doch nicht tun müssen.

Aber aus Dessau angezettelt erfolgte in Berlin ein erneutes Kesseltreiben gegen das Bauhaus: Staatsanwaltschaftliche Untersuchung die neue Herrschaft sucht belastendes Material gegen Oberbürgermeister Fritz Hesse - als „Beweis“, daß das Bauhaus ein bolschewistisches Institut sei. Belastungsmaterial wurde „eingetürkt.“ Eine rechte Inszenierung: Unter Vorwänden: Versiegelung des Bauhauses. Presse-Kampagne. Alle Versuche scheitern, die Versiegelung des Gebäudes aufzuheben. Alle möglichen NS-Kanäle beteiligen sich und schieben sich gegenseitig „Argumente“ zu, darunter Kulturminister Bernhard Rust, Ministerialrat Winfried Wendland, Alfred Rosenberg als Leiter des „Kampfbundes.“

Das Beamten-Gesetz wird nun auch für Privatschulen angewandt.

Neue Finte: Wendland formuliert Bedingungen: Kandinsky raus! Hilberseimer raus! Juden raus! Man dürfe nur mit einem nationalsozialistischen Lehrplan starten.

Dann wird selbst der letzte Rest bürgerlichen Rechts aufgehoben: die Fortzahlung der vertraglichen Meister-Gehälter wird gekündigt – mit dem Blick auf das Beamten-Gesetz: „das Bauhaus, das als eine Keimzelle des Bolschewismus sich darstelle, sei als politische Betätigung zu werten.“ Mies van der Rohe protestiert bleibt ohne Antwort.

Am 19. Juli 1933 treffen sich die Meister im Atelier von Lilly Reich. Einziger Punkt der Tagung: Selbstaflösung. Bewahrung der Würde als ein „letztes Manifest für die geistige Entscheidungsfreiheit“ (Magdalena Droste)<sup>3</sup>

Ludwig Mies van der Rohe hat die prophetische Intuition. Eine Idee wie das Bauhaus geht nicht unter.

---

---

<sup>3</sup>Magdalena Droste hat die erste und bislang als Einzige eine ziemlich ausführliche Darstellung des Bauhaus-Finales in ihrem Bauhaus-Klassiker vorgelegt: Magdalena Droste, Bauhaus 1919-1933. Berlin 1993.